NS-Zeit: Welche Rolle spielt das Rathaus?

Neue Erkenntnisse über Kempten im Nationalsozialismus beschäftigen Stadt und Forschungsteam. Dr. Otto Merkt, der bis 1942 Oberbürgermeister war, und seine Verwaltung spielen dabei eine besondere Rolle.

Von Laura Wiedemann

Kempten Als die Nationalsozialisten 1933 vor dem Kemptener Rathaus die Hakenkreuzflagge hissten, protestierte der damalige Oberbürgermeister Dr. Otto Merkt. Bei der Aufsichtsbehörde reichte er Beschwerde ein, dafür gibt es Belege, erläuterte Prof. Andreas Wirsching vom Institut für Zeitgeschichte im Rahmen des „Bewegten Donnerstag“ des Kempten-Museums. Nach Kriegsende habe Merkt diesen Fakt genutzt, um sich als Widerständler zu stilisieren. Doch die Realität sei eine andere gewesen, sagte Wirsching: „Tatsächlich haben kommunale Verwaltungen mit vorauseilendem Gehorsam den Nationalsozialismus aktiv mitgetragen.“

A. Wirsching

Wie konnte das System des Nationalsozialismus in der Kemptener Gesellschaft Einzug halten? Und welche Rolle spielte dabei die Kommunalverwaltung? Diesen Fragen gehen Wirsching und sein Team seit Ende vergangenen Jahres in einem von der Stadt beauftragten Forschungsprojekt nach. Noch stehe der hauptverantwortliche Historiker Dr. Roven Janneck am Anfang seiner Arbeit und doch sei bereits einiges über Kemptens Beamtinnen und Beamte aus der NS-Zeit bekannt.

Eine besondere Rolle nehme freilich Merkt ein. Dass er als demokratisch gewählter Oberbürgermeister nicht vom NS-Regime abgesetzt wurde, sei laut Wirsching „eine Ausnahme“. Im nahe gelegenen Augsburg etwa kam Josef Mayr, NSDAP-Mitglied der ersten Stunde, an die Rathaus-Spitze. „Tüchtig, durchschnittlich und ein guter Buchhalter“ sei er laut NS-Dokumenten gewesen. Mit Merkt hingegen gestaltete sich die Zusammenarbeit schwieriger. So beschwerte er sich etwa 1942 über „Papierkrieg“ seit der Machtübernahme der Nazis. Ehrenhaft enthoben diese ihn daraufhin aus seinem Amt, später im Entnazifizierungsverfahren galt Merkt als unbelastet, sagte Wirsching.

„Viele Bürgermeister und Beamte nutzten persönliche Konflikte nach 1945 für sich. Auch die Forschung interpretierte sie lange falsch“, erläuterte Wirsching. Streitereien gehörten auch damals zum Alltag, doch ihm sei keine Kommune bekannt, die sich gegen Vorgaben des NS-Regimes aufgelehnt habe. Vielmehr arbeiteten Behörden in gewohnter Form weiter.

> „Die Verfolgung von Juden wäre ohne Stadtverwaltungen nie möglich gewesen.“
>
> Prof. Andreas Wirsching

Auch Kempten setzte für kommunale Unternehmen politische Gefangene als Zwangsarbeiter ein, ebenso entmietete die Stadtverwaltung Menschen jüdischen Glaubens. Eine Vorstufe zur Deportation, sagte Wirsching. „Ohne Stadtverwaltungen wäre die Verfolgung etwa von Jüdinnen und Juden nie möglich gewesen.“ Vielerorts sei Rassismus und Diskriminierung durch Behörden außerdem an der Tagesordnung gewesen, bevor es entsprechende Gesetze gegeben habe.

Auf die „lange Liste“ der Euthanasieopfer aus Kempten machte Martin Huss, Vorsitzender des Vereins „Stolpersteine für Kempten“, im Anschluss an Wirschings Vortrag aufmerksam. Zahlreiche neue Informationen seien während der vergangenen drei Jahre zum Vorschein gekommen, bestätigte Kulturamtsleiter Martin Fink. Auch diese Quellen gelte es nun zu untersuchen. Allein um Verfolgung soll es aber nicht gehen, sagte Wirsching. Der Forschungszeitraum von zweieinhalb Jahren werde sicher nicht ausreichen, um alle Aspekte unter die Lupe zu nehmen, auch weil NS-Dokumente vielfach vernichtet wurden. Geschichten und Erzählungen – wie es sie vielfach gibt – müssten genauestens geprüft werden.

Eine solche Geschichte, die bereits belegt ist, erzählt Wirsching zum Abschluss des Abends selbst. Sie handelt vom „Punkt ohne Wiederkehr“: Ein Maurer aus Hessen war NSDAP-Mitglied. Die Partei beauftragte ihn, einen Ofen zu bauen – in der Zentrale der Euthanasieverbrechen in der Berliner Tiergartenstraße. Später baute er Krematorien in Vernichtungslagern und Gitterroste, auf denen Nazis die Leichen politischer Gegner verbrannten. „Wäre er nicht nach Berlin, hätte er sich gewehrt, hätten ihn wohl keine schwerwiegenden Folgen erwartet.“

Der Maurer habe die Möglichkeit zur Entscheidung für den Widerstand gehabt – auch wenn dieser Schritt mit berechtigter Angst verbunden gewesen sei. Der Nationalsozialismus sei nicht einfach so über die Menschen gekommen. Wirsching: „Verwaltungsmitarbeiter erzählten nach Kriegsende oft von sich selbst als Opfer. Doch diese Tragik gibt es nicht. Es war viel mehr eine Kollaboration von Kommunen und Nationalsozialismus.“

Allgäuer Zeitung, Ausg. Kempten, 13.2.23